

## Anfrage

des Abgeordneten David Lasar  
und weiterer Abgeordneter  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Antrag auf Namensänderung

Das Bundesgesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Namensänderungsgesetz – NÄG) ermöglicht unter geregelten Voraussetzungen die Änderung des Familien- oder Vornamens.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

## Anfrage

1. Wie viele österreichische Staatsbürger haben in den Jahren 2015 und 2016 (jeweils aufgeteilt) eine Änderung des Namens (aufgeteilt nach Familiennamen und Vornamen) beantragt?
2. Mit welchen Begründungen wurden diese Anträge gestellt?
3. Wie vielen Anträgen wurde stattgegeben?
4. Wurden Anträge in den Jahren 2015 und 2016 auch abgelehnt?
5. Wenn ja, mit welcher Begründung wurden diese Anträge abgelehnt?
6. Wie viele staatenlose oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit haben in den Jahren 2015, 2016 einen Antrag auf Namensänderung (bitte aufgeteilt nach Vornamen und Familiennamen) gestellt?
7. In welchen Bundesländern haben die staatenlosen bzw. Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die in den Jahren 2015 und 2016 einen Antrag auf Namensänderung gestellt haben, den ordentlichen Wohnsitz bzw. mangels eines solchen, den gewöhnlichen Aufenthalt?
8. Mit welcher Begründung haben die staatenlosen oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit in den Jahren 2015 und 2016 einen Antrag auf Namensänderung gestellt?
9. Wie vielen Anträgen auf Namensänderung von staatenlosen oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die in den Jahren 2015 und 2016 beantragt wurden, wurde stattgegeben?
10. Wie viele Anträge wurden abgelehnt und mit welcher Begründung?
11. Wie viele Flüchtlinge im Sinn der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl Nr. 55/1955) und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge BGBl Nr. 78/1974 haben in den Jahren 2015 und 2016 einen Antrag auf Namensänderung gestellt und mit welcher Begründung? Hier bitte wieder aufgeteilt nach Bundesländern, wo sich der Wohnsitz bzw. der gewöhnliche Aufenthalt befindet.



1513

